

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-51978](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-51978)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 2. August.

1848.

N<sup>o</sup> 62.

### Die Aufgabe unserer ersten Ständeversammlung.

Die erste Ständeversammlung Oldenburgs, die bald zusammentreten wird, ist bekanntlich berufen, die Verfassung des Landes mit dem Fürsten zu vereinbaren. Es ist dies ohne Frage die wichtigste Versammlung, welche die Stadt Oldenburg je in ihren Mauern gesehen hat; denn sie soll die Grundlage unserer gesammten staatlichen Verhältnisse legen. Und doch ist sie seit den Märztagen von unendlich geringerer Wichtigkeit, als sie es vor denselben gewesen sein würde. Vor ihnen hätte die Entscheidung ganz und allein in den Händen des Fürsten und der Stände gelegen, nach ihnen ist sie an andere übergegangen, an die Männer, welche das gesammte Deutschland nach Frankfurt geschickt hat. Dort werden nun die Principien ausgefochten, dort wird die allgemeine Norm festgestellt, nach welcher sich die Verfassungen der einzelnen Länder gestalten oder umgestalten werden müssen. Es bleibt daher unserer constituirenden Versammlung eigentlich nur das zur Beschlußnahme übrig, was rein provinzieller Natur ist. Unter solchen Umständen ist es für unsere Stände Pflicht, Alles das bei Seite zu legen oder besser die Bestimmungen unseres liberalen Staatsgesetzentwurfes provisorisch anzunehmen, worüber sie doch nur verlorene Worte sprechen und keine lebhafte Entscheidung abgeben können. Sie ersparen dadurch Zeit und was im gegenwärtigen Augenblick noch kostbarer ist

— Geld. Dahin gehören z. B. die Grundrechte des Volkes, über welche jetzt gerade in Frankfurt debattirt wird, und hoffentlich ist es bis zum Zusammentritt unserer Stände schon so weit gediehen, daß ihnen nur noch die Annahme und Anerkennung derselben übrig bleibt. Dagegen ist z. B. das Finanzwesen das eigentliche Feld ihrer Thätigkeit, die Scheidung des Staatseigenthums von dem Privateigenthum des Fürsten, die Bestimmung der Civilliste, des Etats; ferner das Verhältniß der drei Theile des Landes zu einander u. dgl. Die erste Sorge der Stände müßte daher sein, Alles auszuscheiden, was über ihrer Sphäre liegt, die zweite, sofort in Berathung zu ziehen, worüber sie eine entscheidende Stimme haben. Dann würden sie es besser machen, als die constituirende Versammlung in Berlin, die schon seit dem 22. Mai sitzt und sitzt, spricht und redet und — nichts schafft, als langweilige Protokolle, die Niemand liest. —

A. B.

### Die Wahlen.

Zu den Männern, die sich zu Deputirten für unsere constituirende Versammlung eignen, verdient besonders Einer gerechnet zu werden, der durch seine Rechlichkeit, Energie und Kenntnisse seinem Namen einen guten Klang verschafft hat. Dies ist Herr Hofr. Hoyer in Wechta. Sein politisches Glaubensbekenntniß wird liberal ausfallen, soviel Einsender weiß, liberal im Sinne der Majorität des deutschen Vol-



tes. Es mag hiermit genügen, die Aufmerksamkeit der Wahlmänner auf ihn gelenkt zu haben. —

### § Die Wahl der Wahlmänner in der Stadt Oldenburg

ist Vielen befreundlich ausgefallen. Es sind gewählt 16 Handwerker, 11 Kaufleute und Fabrikanten, also 27 Gewerbetreibende (nicht 31, wie die Bremer Zeitungen berichteten, die sich noch immer keine bessere Correspondenten aus Oldenburg verschaffen), 1 Advokat und 6 Staatsdiener; denn zu diesen muß man doch auch die beiden öffentlich angestellten Lehrer rechnen, zur Hälfte auch einen der Fabrikanten, der im Steuerwesen ein besoldetes Staatsamt bekleidet.

Wir wissen gegen keinen einzelnen der Gewählten etwas einzuwenden, obgleich auch von den 6 Beamten die meisten wohl nur ganz zufällig die entscheidende Stimmenzahl erhalten haben, jeder möchte unserer Meinung nach mit unter den Wahlmännern sein. Fragen wir aber, ob die so zusammengesetzte, halb aus Handwerkern bestehende Versammlung die beste Kenntniß der durch Freisinnigkeit, Besonnenheit und geistige Befähigung zu Vertretern des Landes, oder auch nur der Stadt vorzugsweise geeigneten Personen hat, ob dieselbe in der Kreis-Wahlversammlung den Landdistrikten gegenüber die höhere Intelligenz der Stadt würdig vertreten und den Einfluß, der dieser gebührt, geltend machen kann, so müßten wir diese Fragen für zwei Dritteile der Gewählten mit Nein! beantworten.

Wir kennen die Ergebnisse der Wahlen im Lande nicht. Entsprechen aber dieselben dem in der Hauptstadt, und machen die Wahlmänner ihr Uebergewicht an Stimmen zu Gunsten ihrer Standesgenossen in ähnlicher Weise bei den Wahlen zum Landtage geltend, so laufen wir Gefahr, eine Kammer zu erhalten, die hauptsächlich aus Handwerkern und Bauern zusammengesetzt ist, aus Männern, die, wenn auch sämmtlich ehrenwerth, und vielleicht eher Reactionaire als Republikaner von Gesinnung, nicht die Befähigung, haben über die meisten vorkommenden Fragen sich ein eignes Urtheil zu bilden, aus einer bewegten Discussion die Scheingründe von den wirklichen zu unterscheiden, geschweige denn an der Debatte selbst einen fruchtbringenden Antheil zu nehmen.

Zur Beurtheilung eines Staatsgrundgesetzes, zur Begutachtung der allgemeinen Einrichtungen, auch für ein so kleines Land wie das unsrige gehört immer eine höhere Bildung als unsre Handwerker und Landleute sie, mit seltenen Ausnahmen (z. B. Herr v. Thünen), bis jetzt besitzen. Sie würden daher, da sie doch ihre Stimmen abgeben müssen über die Sachen, die sie nicht verstehen, und in ernstlichen Dingen niemand gern sich ganz dem Zufall überläßt, nach dem Maaß ihres Vertrauens oder Mißtrauens, blindlings für oder blindlings gegen die Regierung stimmen, oder in die Hand eines klugen und gewandten Mitdeputirten fallen und mit diesem aufstehen oder sitzen bleiben.

Können wir aber wünschen, solche Landesvertreter zu erhalten? — Gewiß nicht!

Darum ermahnen wir die Wahlmänner, ihr Augenmerk vorzugsweise auf wissenschaftlich gebildete Männer zu richten, also im Allgemeinen auf studirte Beamte und Advokaten. Von beiden befanden sich mehrere schon unter den Vierunddreißigern, und es läßt sich aus den Protokollen über die größere oder geringere Befähigung Einzelner schon ein Urtheil fällen. Gegen die Beamten wendet man doch wohl jetzt nicht mehr ein, daß sie in Landesangelegenheiten der Regierung zu sehr geneigt sind und als in der Bürokratie des Polizeistaats erzogen nicht freisinnig genug. Denn daß diejenigen, die, wenigstens für unser Land, noch so urtheilen, auch zu denen gehören, die die Zeit nicht begreifen, ergibt sich ebenfalls zur Genüge aus jenen Protokollen. Sigt doch der erste Beamte einer unsrer Provinzen jetzt in Frankfurt als Republikaner auf der äußersten Linken. Und wie glänzend hat sich die Commission zur Entwerfung des Grundgesetzes, die auch größtentheils aus Beamten bestand, gegen die voreiligen Verdächtigungen gerechtfertigt!

Möge man bedenken, daß der nächste Landtag nur allgemeine Landesangelegenheiten und hauptsächlich die künftige Staatsverfassung zu berathen hat, daß also die besonderen Interessen der einzelnen Districte des Landes wenig oder gar nicht in Frage kommen und es daher nicht nöthig ist, aus der nächsten Umgebung zu wählen, damit die Einzelinteressen vertreten werden.

Es muß dafür gesorgt werden, daß möglichst viele Männer in die Kammer eintreten, die dem Regierungsbevollmächtigten an Sachen nicht nur gewachsen sind und zugleich parlamentarische Befähigung haben, dieselbe geltend zu machen. Einige Nullen werden so nicht fehlen.

Wir Oldenburger aber, die wir mit dem Ausfall der Wahl unsrer Wahlmänner nicht zufrieden sind, mögen für die Zukunft die Lehre daraus entnehmen, daß man sich über die zu Wählenden besser verständigen muß, als diesmal geschehen ist, besonders einer Vereinbarung gegenüber, wie sie jetzt unter den Handwerkern Statt gehabt zu haben scheint. Vor allen Dingen muß freilich jeder seinen Stimmzettel holen und abgeben. Wer sich heutiges Tags bei solchen Wahlen nicht betheiligt, handelt nur bürgerlich, verliert mindestens jedes Recht, sich über die Wahl zu beschweren.

#### Unter den Wahlmännern

der Stadt Oldenburg haben die Gewerbetreibenden das entschiedene Uebergewicht; nur drei Beamte finden sich unter ihnen. Wie verlautet, sträuben sie sich dennoch, aus ihrer Mitte Abgeordnete in die Kammer zu schicken. Es wird erzählt, daß Einem, der gesagt, Jeder wisse am besten selbst, wo ihn der Schuh drückt, geantwortet sei, aber mit diesem Wissen sei man noch kein Schuhmacher, dem Uebel abzuhelpen. Sehr wahr — falls die Kammer nur aus Gewerbetreibenden bestehen sollte. Finden sich aber unter diesen Männer von Redlichkeit, Festigkeit und einigermaßen freiem Blicke, der durch Standesvorurtheile nicht beschränkt ist, so sollte man diese doch in die Kammer bringen. Je mehr verschiedene Standpunkte, um so reicher das Resultat der Debatte. Wir sind überzeugt, daß unser Gewerbestand solche Männer in sich schließt, und halten es für sehr ersprießlich, daß die Stadt mindestens Einen derselben in die Kammer sendet. VI.

#### Herr Brader und Herr Plus (+) über Schul-Anwesen.

Diese Herren streiten in den N. Bl. über ein paar Schulanekdoten von schwachen Lehrern, einige

Ungeannte vom Lehrerstande haben sich auch schon hineingemischt, und nicht für, sondern gegen ihre Kollegen, für Brader gegen Plus Partei genommen. Ein Wort dazu sei auch demjenigen erlaubt, der durch seine Aufforderung an Herrn Brader die unschuldige Veranlassung dieses Kampfes war.

Herr Brader hatte bei den Vierunddreißigern geäußert:

es gebe noch recht schlechte Lehrer, die nur deshalb Lehrer geblieben, weil sie das gewesen, was man wolle, weil sie servil gewesen.

War das nicht in den Tag hinein gesprochen, so konnte es nur dem Consistorium gelten. Denn bekanntlich kann nur das Consistorium die Lehrer absetzen, der Prediger oder auch der Generalsuperintendent können es nicht.

Für diese Beschuldigung ward eine nähere Nachweisung erbeten. Und was brachte nun Herr Brader? Zwei Geschichten; eine über ein lächerliches Gleichniß, das ein Lehrer einmal den Schulkindern gegeben, womit aber die Unfähigkeit dieses Mannes noch nicht bewiesen sein möchte, und dann ein Gespräch, worin ein Prediger von einem unfähigen Lehrer geäußert haben soll:

er ist sonst ein so guter Mann, läuft und springt, wenn ich nur spreche, und holt mich stundenweit ab, wenn er weiß, daß er dadurch dienen kann.

In diesem Laufen, Springen und stundenweiten Abholen findet Hr. Brader spasshafter Weise ein „vor dem Prediger Kriechen“, was Herrn Plus aber mit Bitterkeit erfüllt.

Das soll also der Servilismus sein, den man, d. h. der Prediger will, und dabei sagt Herr Brader, das Consistorium habe er gar nicht angreifen wollen.

Ich denke, man kann sich jetzt beruhigen, und das Publikum, das Herr Brader auch zum Richter auffordert, mag urtheilen, ob seine angeführten Worte in den Tag hineingesprochen waren oder nicht. Der Streit zwischen ihm und Herrn Plus ist ohnehin beendet. Denn Herr Brader will nach seiner unumwundenen Erklärung sich mit diesem Herrn nicht weiter einlassen, da er ihn anonym und ohne Beweis der Unwahrheit beschuldige, also weder ein Ehrenmann sei, noch zu den Gebildeten gehöre.



Dies mag Herr Plus sich gesagt sein lassen. Die beiden Geschichten sind ja so unglaublich nicht, und Herr Brader, wenn er auch manche unrichtige Ansicht haben mag, gilt nicht für einen Mann, der Unwahrheiten vorbringt.

Aber Herr Brader verbreitet sich jetzt noch weiter über die Entlassung unfähiger Lehrer und ihre Pensionirung mit angreifenden Fragen, die nun doch offenbar über den Prediger hinaus gehen. Er scheint viel lobenswerthes Interesse für diesen wichtigen Gegenstand, aber wenig Kenntniß von der Sache zu haben. Vielleicht findet sich jemand, dem auch diese nicht abgeht, veranlaßt, dem Publikum etwas Näheres vorzulegen, besonders da auch in der Ständeversammlung die Pensionirungsfrage zur Sprache kommen muß.

#### Auszug aus einem Briefe v. Buttels.

Frankfurt, 1848 im Juli.

Von dem Augenblick an, daß hier das Reichsversammlung beginnt, wird die Aufgabe der Reichsversammlung ihren tiefsten geschichtlichen Grund zeigen. Ich meine nämlich so: Die Aufgabe, dem vielfach in sich gespaltenen Deutschland eine wahre, einigende Verfassung zu geben, ist theoretisch völlig unlösbar — ein jeder sieht ein, wie hundertfältig nach jeder Richtung, wie man die Sache auch angreift, sich Widersprüche ausbilden, daher bis jetzt auch noch kein Vorschlag rechten Anklang und Billigung gefunden hat. Was aber bisher die gesammte Presse nicht hat lösen können, das wird auch die etwa in der National-Versammlung aufgeschobene Theorie nicht ausfindig machen. Allein es wird sich die Sache anders machen, im praktischen Lauf, so oder so. Der Reichsverweiger, der mit der National-Versammlung steht und fällt, wie umgekehrt, wird der fühlbare Hammer sein, der die spröden Stahlköpfe wieder zu einer zusammenhängenden Eisenmasse zusammenschweißt. Wird das abgehen ohne Widerstreben, ohne Konflikte, ohne mögliche Konflikte der bedenklichsten Art? Ich glaube, nein; möge das Widerstreben nun hervorgehen aus dem Separatismus einzelner Völkerrämme, oder was für die Einheit nicht so gefährlich, aus dem Widerstand von Seiten der Fürstengewalt. So hat sich also die National-Versammlung durch die geschaffne provisorische Central-Gewalt in den zu erwartenden realen Kämpfen das geschichtliche Material vorbereitet, um von nun an aus den kommenden Ereignissen heraus, dasjenige Verfassungswerk zu gestalten, was hier real möglich und erreichbar ist. Darnach ist denn aber die Aufgabe der National-Versammlung noch eine sehr langwierige und mög-

licher Weise zugleich eine sehr stürmische. Ein wirklich einigendes Regiment kann allein zum Ziele führen, nur ein längeres Hinberchen und Gehorsamen der Nation nach einem Punkte hin und ein allmähliges Eingewöhnen in solche Richtung kann in der That einen dauernden Kitt zu Stande bringen. Und wie ich dies vom Anfang an für die eigentliche Aufgabe der constituirenden Versammlung für die gesammten deutschen Zustände erachtet habe, so werden Sie es in solcher Ansicht auch begründet finden, warum ich dafür habe stimmen können, daß die Central-Gewalt die Beschlüsse der National-Versammlung zu vollziehen habe — nämlich weil ich mit der Einheit Deutschlands es wirklich ernstlich meine. Allerdings ist nun zwar dieser Punkt durch geringe Majorität nicht mit ins Gesetz aufgenommen; aber es liegt nichts desto weniger in der Natur der Sache, daß sich gleichwohl das Ganze so machen werde, und da hängt es denn von dem richtigen Genius der Versammlung so wie von dem Grade und der Stärke des Einheitsdranges in der Nation ab, ob und wie weit wir wirklich zur Einheit gelangen können und sollen. Für die Fürtzen liegt dann aber die große Gefahr darin, ob und wie weit auch sie zu Dystern geneigt und willig sind oder nicht. Denn sind sie es nicht, und bleibt die Nation einig und ihrem Parlament getreu, so beschleunigen sie selbst ihren Untergang; sie würden gegen ein Nationalgesetz reagieren und — revolutionisiren, das mächtiger wäre wie sie; und umgekehrt wäre die zuwerkommendste Hingabe an die Sache des Vaterlands zugleich auch für sie die beste Politik. —

#### Kleine Chronik.

Ein kürzlich den Preussischen Ständen von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf hebt alle Steuerbefreiungen der Grundstücke ohne Entschädigung auf, um, wie Hansemann sagte, den Grundsatz der gleichmäßigen Tragung der Staatslasten zur Geltung zu bringen und die Veranlassung zur Entfremdung der Staatsbürger zu entfernen.

Der 1. g. Vareler Protest scheint nach Allem was man hört im Lande viele Nachahmung zu finden und wird bei den meisten Wahlhandlungen wörtlich abgeschrieben oder gar schon gedruckt abgegeben. Obgleich derselbe ziemlich unschuldiger Natur ist, indem er in der That nichts enthält, was sich nicht schon von selbst versteht, so ist er doch als Kundgebung der öffentlichen Meinung nicht ohne Bedeutung. In dieser Beziehung ist es von Interesse zu wissen, daß man auch auf dem Lande, wo doch bei den Bauern so viel aristokratischer Sinn herrschen soll, von einem Zensus nichts wissen will. Wir werden also den Zensus auch nächstens in den Gemeinden los werden, denn es versteht sich doch wohl von selbst, daß man bei der Wahl der Ausschussmänner nicht engherziger sein darf, als bei der Wahl der Abgeordneten.

Redacteur: J. Bartelmann. — Verlag und Schnellpressendruck von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Hierzu ein Beiblatt.

# Beiblatt zu Nr. 62. der Neuen Blätter

vom 2. August 1848.

## Der gegenwärtige Stand der deutschen Marine-Angelegenheit \*).

Es sind bereits mehr als drei Monate, seitdem Dänemark die deutschen Häfen sperre und deutsche Schiffe ausbrachte, seitdem ein Schrei der Entrüstung durch Deutschland drang und die schleunigste Errichtung einer deutschen Kriegsmarine zur Sicherung unserer Küsten, zum Schutze des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt forderte, seitdem man anfing, an allen Orten Deutschlands Beiträge zu sammeln zur Gründung einer deutschen Marine; es sind mehr als zwei Monate, seit der Fünfziger-Ausschuß die deutschen Regierungen aufforderte, einen Marine-Congreß in Hamburg zu beschicken, um durch Sachverständige aus den Küstenstaaten eine Verständigung über die für den Augenblick zu ergreifenden Maßregeln, zugleich aber auch ein Gutachten entwerfen zu lassen über den am zweckmäßigsten einzuschlagenden Weg zur Begründung einer deutschen Marine; es ist mehr als ein Monat verlossen, seitdem der Bundestag eine Commission, die National-Versammlung einen Ausschuß für die Marine-Angelegenheit niedergesetzt, seitdem die letztere einstimmig beim Bundestage darauf angetragen hat, für die nächsten zwei Jahre sechs Millionen Thaler für Begründung einer deutschen Marine stützig zu machen, seitdem der vom Fünfziger-Ausschuße veranlaßte Marine-Congreß und die aus demselben hervorgegangene Marine-Commission in Hamburg ihre Arbeiten beendet, und noch immer hört man nur von dem vereinzelt auftretenden einzelner Regierungen, noch immer weiß man nur, daß in Hamburg einige Handelsschiffe bewaffnet sind, daß hier und dort Kanonenboote gebaut sind und werden, noch immer vermißt man die Einheit in allen diesen Bestrebungen, die einheitliche Leitung derselben, noch immer sucht man vergebens nach offenen Erfolgen der vielfachen in dieser Angelegenheit gemachten Bestrebungen und schon wird an manchen Orten, in manchen Kreisen eine Ungeduld, eine Furcht vor dem Einschlafen dieser wichtigsten Angelegenheit rege, schon hört man hier und dort den Vorwurf, es werde vor lauter Rathen, nie zum Thaten kommen.

Wir wollen diese Ungeduld nicht tadeln, da wir sie als einen Ausfluß des lebhaften Wunsches, Deutschland auch zur See kräftig hingestellt zu sehen, anerkennen, wir können aber darum doch nicht den Vorwurf eines Mangels an Thatkraft für begründet halten. Es darf hierbei nämlich zunächst nicht außer Acht gelassen werden, daß diese Marine-Bestrebungen zusammenfielen mit der politischen Entwicklung Deutschlands, denn einen so günstigen Fortgang diese bis jetzt auch im All-

gemeinen gehabt, so mußte sie doch schon deshalb hemmend auf jene Bestrebungen einwirken, weil alle deutschen Regierungen ihren inneren Angelegenheiten und deren neuen Organisation ihre ganze Kraft, ihre ganze Thätigkeit zuwenden mußten, weil es an einer kräftigen Centralgewalt fehlte, von der die einheitliche Leitung jener Angelegenheiten hätte ausgehen können. Einer solchen einheitlichen Leitung bedarf aber gewiß die Errichtung einer Kriegsmarine und es könnte mehr als ein glücklicher Zufall genannt werden, wenn eine angemessen organisirte Marine hervorginge aus demjenigen, was jeder einzelne Staat, jedes einzelne Comité nach seinem Ermessen und nach seinen Kräften baut. Diese einheitliche Leitung zu schaffen, trug denn auch die Hamburger Marine-Commission darauf an, der Bundestag möge in einer in der Mitte der Ost- und Nordseeküste belegenen Stadt eine Behörde niederlegen, der die Ausführung aller auf die deutsche Marine bezüglichen Bundesbeschlüsse, die Leitung aller Marine-Angelegenheiten übertragen werde, mit andern Worten, der Bundestag möge einen deutschen Admiralitätshof niederlegen. Kaum war aber dieser Antrag gestellt, als die ganze Crisis des Bundestages in Frage gestellt, als bald darauf die Aufhebung des Bundestages beschlossen, ein Reichsverweser gewählt wurde. Der Reichsverweser hat nun freilich sein wichtiges Amt angetreten, allein noch ist das Reichsministerium nicht vollständig gebildet, es fehlt namentlich noch der Reichsminister, in dessen Hände die Sorge für diese wichtige Angelegenheit gelegt werden soll, und ehe dieses geschehen, ehe der Marine-Minister Gelegenheit gehabt haben wird, sich ein tüchtiges Bureau zu bilden, kann und wird noch immerhin einige Zeit vergehen.

Es ist aber die seit der kräftigeren Auffassung der Marine-Angelegenheit durch das ganze deutsche Volk verlossene Zeit nicht ganz ungenutzt dahin gegangen. Wir glauben zunächst dahin rechnen zu dürfen, daß man an verschiedenen Orten Kanonenboote gebaut hat, denn wenn deren Bau auch nicht immer nach bewährten, den Verhältnissen entsprechenden \*) Modellen oder Plänen ausgeführt sein mag, so werden diese Schiffe doch immer dahin gebracht werden können, wo sie angemessen sind, und wir werden derartige Bauten nicht für eben so nutzlose Geld- und Kraftvergeudung halten müssen, als nach dem Gutachten von Sachverständigen die in Hamburg unternomme-

\*) So soll z. B. ein in Begeßert gebautes Kanonenboot nach Dänischem Muster, d. h. mit Rudern, gebaut sein, obgleich Sachverständige behaupten, daß derartige Schiffe nur den örtlichen Verhältnissen der Ostküste entsprechen, während die Verhältnisse der Nordseeküste die Verwendung von Segel-Kanonenbooten forderten.

\*) Dieser Aufsatz ist auf Wunsch des Verf. aus Nr. 43 der Oldenb. Blätter abgedruckt.

nen Ausrüstungen dafür zu halten sind. Diese früheren Kauffahrtsschiffe tragen nämlich zwar jetzt den Namen einer Fregatte, einer Corvette von so und so viel Kanonen, führen auch wohl diese Geschütze und vom schwersten Kaliber, allein Sachverständige versichern, daß diese Schiffe, wie die meisten Kauffahrtsschiffe, zu schwach gebaut seien, um nur ihr eigenes Feuer, geschweige denn das Feuer feindlicher Kriegsschiffe auszuhalten\*). Diese Schiffe würden daher den wohlarmirten Dänischen Fregatten nur eine willkommene Beute sein, weshalb man denn auch Zeitungsnachrichten zufolge in Hamburg darauf, dieselben dem Feinde gegenüberzustellen, zu verzichten und sich damit begnügen zu wollen scheint, sie als Uebungsschiffe zur Heranbildung der Mannschaft für die anzukaufenden oder neu erbauenden wirklichen Kriegsschiffe zu benutzen.

Wenn wir aber sagten, es sei die Zeit bisher nicht ganz ungenützt vergangen, so glauben wir ferner dahin rechnen zu dürfen, daß die Marine-Commission des Bundestages, wie der Marine-Ausschuß der National-Versammlung, sich damit beschäftigt haben, Erkundigungen einzuziehen, ob und wo zur kriegsmäßigen Ausrüstung geeignete Schiffe zu kaufen seien (mit welchem Erfolge, müssen wir freilich dahin gestellt sein lassen), daß man Gutachten eingelegt hat über die Frage, wie eine Kriegsmarine am angemessensten und den Verhältnissen Deutschlands am besten entsprechend einzurichten; ganz besonderes Gewicht glauben wir in dieser Beziehung aber auf den Bericht der aus dem Hamburger Marine-Congreß hervorgegangenen Marine-Commission legen zu dürfen, welcher darthut, daß Deutschlands Marine wenigstens so stark sein müsse, daß es mit Erfolg den Seemächten zweiten Ranges entgegen treten könne, und nachweist, welche und wie viele Schiffe zu dem Ende und zum Schutze des deutschen Handels in fremden Gewässern angeschafft werden müßten. Näher auf diesen Bericht einzugehen, würde eines Theils zu weit führen, anderen Theils möchte es aber auch nicht angemessen sein, jetzt, wo die Hoffnung auf einen baldigen Frieden mit Dänemark wieder weiter zurückzutreten scheint, die desfalligen Pläne in ihren Einzelheiten darzulegen. Wir glauben uns daher darauf be-

\*) Es ist freilich von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Nord-America, daß die Griechen in ihren Unabhängigkeitskriegen mit vielem Erfolge Kauffahrtsschiffe als Kriegsschiffe ausgerüstet hätten, allein eines Theils dürfen wir dabei nicht übersehen, daß die Griechen, ein seegewandtes Volk, den Türken gegenüberstanden, daß ihre so wie die nordamerikanischen armirten Kauffahrer vorzugsweise als Kaper agierten und als solche nur Kauffahrern gegenüberstanden oder anderen Kapern, die dann in der Regel nach Sitte damaliger Zeit weiter nichts waren, als Kauffahrer, die von der Regierung Kaperbriefe erhalten, um den Handel des Feindes zu stören und auf ihre eigne Hand den kleinen Krieg zu führen.

In Bezug auf den Bau der Kriegsschiffe und deren Festigkeit erlauben wir uns das von *Boomy* angeführte Beispiel („die Marine“ S. 22) der englischen Fregatte „*Pike*“ zu wiederholen, die vor einigen Jahren, von Quebeck auslaufend, an Grund gerieth, einen Theil des Kiels und der Bauchplanken losgerieth und dennoch ihre Reise nach England glücklich vollendete.

zürücken zu müssen, daß in jenem Berichte empfohlen wird, Segel-Fregatten zu 60 und zu 40 Kanonen schwersten Kalibers, Dampf-Fregatten mit Schrauben (weil in diesen die Maschinerie mehr gegen das feindliche Feuer geschützt ist) und Dampf-Corvetten mit Schaufelrädern zu bauen oder anzukaufend, so wie eine Flottille von Kanonenbooten theils nach Dänischem Muster (für die Ostsee), theils nach Holländischem Muster (für die Nordsee) zu bauen. Es liegt hierin wenigstens ein bestimmter Plan vor, und es wird ein Anschließendes an denselben denjenigen möglich, die ihren Eifer für Begründung einer deutschen Marine dadurch betheiligen wollen, daß sie sogleich anfangen zu bauen. Zwar ist jener Plan noch nicht von der Central-Gewalt angenommen und zur Ausführung genehmigt, allein durch ein Anschließendes an denselben, auch vor der förmlichen Sanction desselben, wird keinesfalls einer etwaigen anderen Organisation der Marine vorgegriffen, weil die beantragten Schiffe alle der Art sind, daß sie in jeder deutschen Marine vorkommen werden, was z. B. nicht der Fall sein würde, wenn man jetzt anfangen wollte, Brigas, Schooner, Kutter ic. zu bauen, welche nach dem mehrerwähnten Berichte als für die deutschen Verhältnisse unangemessen verworfen sind, von denen es also mindestens sehr zweifelhaft sein würde, ob sie in der demnächstigen deutschen Marine einen angemessenen Platz finden würden. Es fehlt uns für den Beginn des Baues von Kriegsschiffen freilich auch noch an als durchaus gut anerkannten Bauweisen, so wie an fundigen Marine-Constructeurs, allein es ist auf die Herbeischaffung auch dieser Bedacht genommen, und es wird der letzteren für den Bau der kleinen Flottille der Kanonenboote nicht so sehr bedürfen.

Es ist, wie schon oben erwähnt, an mehreren Orten mit dem Bau von Kanonenbooten begonnen; die Zeitungen haben uns berichtet, daß in Vegeßack und in Kiel deren bereits vom Stapel gelassen, und dem Vernehmen nach wird in mehreren anderen Ostseehäfen, namentlich auch in Preußen, der Bau solcher Schiffe von Seiten der Regierung aufs eifrigste betrieben; ein Gleiches können wir freilich von unserem Lande zur Zeit noch nicht sagen, es hat sich indessen sicherem Vernehmen nach unsere Staatsregierung seiner Zeit, bei Unterstützung des Berichts der Hamburger Marine-Commission, bereit erklärt, sofort eine Dampf-Corvette und mehrere Kanonenboote in Angriff nehmen zu lassen, sobald die dazu erforderlichen Risse mitgetheilt sein würden, hat sich auch dem Vernehmen nach bemüht, den zur Zeit in Deutschland anscheinend noch nicht vorhandenen Riß eines holländischen Kanonenboots unter der Hand herbeizuschaffen, so daß nicht daran zu zweifeln ist, es werde, sobald solche Risse vorhanden, mit dem Bau wirklich begonnen werden. Daneben hat unsere Staatsregierung aber auch die Herbeischaffung aller derjenigen Materialien und Nachrichten verfügt, welche für die Wahl der Jade oder der Weser zur dereinstigen Anlegung eines deutschen Kriegshafens sprechen könnten, um solche dem dereinstigen Admiralitätshofe zur Berücksichtigung vorlegen und empfehlen zu können.

(Der Beschluß folgt.)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens  $\frac{1}{2}$  Bogen.

# Neue Blätter

für

## Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Sonnabend, 5. August.

1848.

N<sup>o</sup>. 63.

### Das neue Ministerium.

Das von den Meisten erwünschte, von Allen längst erwartete Ereigniß ist eingetreten; das alte Ministerium hat einem neuen Platz gemacht, oder besser, das Kabinet hat aufgehört zu sein und ein Ministerium im constitutionellen Sinne hat begonnen. Bisher hatten Anciennetät und persönliche Gunst des Fürsten unsre Minister geschaffen, die bloße Diener der Krone waren, ohne irgend eine bestimmte politische Meinung zu vertreten, ohne Absicht und ohne Macht, ihre Ueberzeugung durchzusetzen; sie waren eigentlich nur Berather und Excutoren des fürstlichen Willens; jetzt haben wir ein Ministerium, das aus der Nothwendigkeit der Lage hervorgegangen ist und einen bestimmten politischen Character trägt. Es ist das erste dieser Art, so lange Oldenburg ein Staat ist. Vergessen wir nicht das Sprichwort: Aller Anfang ist schwer. Bisher war Minister zu sein nicht sehr schwer; jetzt ist es eine der schwierigsten Aufgaben, zumal der erste Minister in der neuen Ordnung zu sein. Das Volk ist nicht an constitutionelle Formen gewöhnt, es ist, wie leider die Wahlen gezeigt haben, größtentheils ohne Theilnahme am Staatsleben, die ein constitutioneller Staat durchaus von seinen Bürgern verlangen muß; theils kennt es noch nicht die Bahnen, in denen sich der neue Organismus bewegt, und hegt die seltsamsten Vorstellungen davon. Das neue Ministerium muß auch noch erst seine Lehrzeit aushalten, weil kein Meister geboren wird. Hier an

Ort und Stelle konnte Niemand aus eigener Anschauung und eigener Theilnahme Beobachtungen sammeln und Erfahrungen machen; nur die Geschichte anderer Staaten gab Lehren, Winke und Warnungen, aber immer konnte man nur theoretisch lernen; es liegt aber in der Natur der Dinge, daß die Praxis manchmal die Theorie schlägt.

Dazu hat das vorige Kabinet eine Erbschaft hinterlassen, die anzutreten nicht beneidenswerth ist; denn diese ist fast überall ein Deficit. — So wird es voraussichtlich an Mißgriffen von beiden Seiten nicht fehlen, weil sowohl das Volk als das Ministerium ihre Stellung zu einander noch nicht practisch haben kennen lernen. Die Schwierigkeiten dieser Lage werden sich die neuen Minister gewiß nicht verhehlen, und es verdient um so größere Anerkennung, daß sie es trotzdem nicht von sich gewiesen haben, diese gefährliche Höhe einzunehmen. Erleichtern wir ihnen diese Hingabe! Das neue Ministerium erweckt Vertrauen, weil es aus ehrenwerthen Personen besteht, nicht allein wegen ihres Privatcharacters, der obwohl er noch keine Bürgschaft giebt für die Tüchtigkeit eines Staatsmannes, doch geeignet ist, seiner Wirksamkeit moralischen Nachdruck zu verleihen, sondern auch weil sie gezeigt haben, daß sie den Ideen der neueren Zeit huldigen, daß sie unabhängig von Fürsten- oder Volksgunst, die beide eben so schnell gewonnen wie verloren werden, ihren Weg gehen und zwar den Weg des Fortschritts, wie ihn die Majorität des deutschen Volkes will. Davon zeugt der

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Grösch. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

